

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 ppbn d



## Inhalt

Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, vermittelt Eindrücke einer Frankreichreise: Wandel und Kontinuität.  
Seite 1

Georg Bamberg MdB schildert die Behandlung von Kriegsdienstverweigerern vor Anerkennungsausschüssen: Wie resistente Bakterien.  
Seite 3

Inge Wettig-Danielmeier MdL kommentiert die Gründung eines Instituts "Frau und Gesellschaft": Nur ein wohlklingender Name.  
Seite 4

Horst Winterstein MdL beschreibt CDU-Selbstjustiz: Bären dienst für Hessen und die Demokratie.  
Seite 5

Egon Lutz MdB über die Rolle Hillermeiers im Nürnberger Justizskandal: Selbstgerecht bis zur Sturheit.  
Seite 6

Anke Martiny MdB zu einer KFZ-Versicherungsvariante: Für Ausländer teuer.  
Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 234

6. Dezember 1981

Wandel und Kontinuität

Eindrücke einer Frankreichreise im Dezember 1981

Von Dr. Hans-Jochen Vogel  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Berlin ist in besonderem Maße auf einen ständigen und lebendigen Kontakt mit den Schutzmächten angewiesen. Je breiter die Berührungsfelder sind und je intensiver die Informationsströme in beiden Richtungen fließen, um so eher kann Berlin mit Verständnis für seine Probleme und mit einer kontinuierlichen Förderung seiner Interessen rechnen. Die Pflege dieser Kontakte ist auch eine Aufgabe der Opposition.

Ich habe deshalb im Oktober dieses Jahres Washington und eine Reihe anderer amerikanischer Städte besucht und am 3. und 4. Dezember 1981 einer Einladung der Sozialistischen Partei Frankreichs nach Paris Folge geleistet. Anfang nächsten Jahres werde ich auch nach London reisen. Während meines Aufenthalts in Paris bin ich mit Außenminister Cheysson und Europaminister Chandernagor zusammengetroffen. Außerdem habe ich Gespräche mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Frankreichs Jospin, dem Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung Joze sowie einer Reihe weiterer Parteivorstandsmitglieder, Abgeordneter und Regierungsvertreter geführt.

Dies sind die wichtigsten Eindrücke, die ich dabei gewonnen habe:

Die Wahl Francois Mitterrands zum Präsidenten und das Ergebnis der Parlamentswahlen vom Juni 1981 bedeuten für Frankreich einen tiefen Einschnitt. Erstmals nach 25 Jahren stehen Sozialisten in der Regierungsverantwortung. Und erstmals hat ihnen das französische Volk die weitreichen-



den Vollmachten übertragen, die in der Verfassung der Fünften Republik insbesondere mit dem Amt des Präsidenten, aber auch mit der Exekutivgewalt der Regierung verbunden sind. Das ist mit einer an den Wahlergebnissen ablesbaren Eindeutigkeit geschehen, die zweierlei erkennen läßt: Die Stärke der Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik und des Verlangens nach einer grundlegenden Veränderung. Und das Ausmaß, in dem es Mitterrand und den französischen Sozialisten gelungen ist, die Meinungsführerschaft in den zentralen Fragen und das Vertrauen breiter Schichten zu gewinnen. Die Persönlichkeit Mitterrands und die sehr konkreten 110 Vorschläge des sozialistischen Wahlprogramms haben dabei wohl eine entscheidende Rolle gespielt.

Das Programm und die auf ihm beruhende sozialistische Regierungspolitik vereinigt Kontinuität und Wandel in einer bemerkenswerten Weise. Kontinuierlich und in wichtigen Elementen mit den Prinzipien de Gaulles vielleicht sogar noch stärker im Einklang als die Politik der unmittelbaren Vorgänger ist die Außen- und die Sicherheitspolitik. Hier ist - wenn man von einer beginnenden Debatte über eine Verkürzung der Wehrdienstzeit auf sechs Monate absieht - kaum mit relevanten Veränderungen zu rechnen. Das gilt auch für die französische Berlinpolitik und die Wahrnehmung der Schutzmachtfunktionen.

Der tiefgreifende Wandel vollzieht sich im Innern. Die Nationalisierung des gesamten Kreditwesens und wichtiger Großunternehmen der Stahlindustrie, der chemischen Industrie und anderer Industriezweige steht unmittelbar vor dem Abschluß. Sie verändert die gesellschaftlichen Machtverhältnisse fühlbar. Eine noch stärkere Veränderung herkömmlicher und geschichtlich überlieferter französischer Gegebenheiten wird die Dezentralisation, das heißt die umfassende Übertragung von Zuständigkeiten, Befugnissen und Verantwortung von der nationalen Ebene auf die Selbstverwaltung der Gemeinden, der Départements und der Regionen mit sich bringen.

Widerstände gegen diese Reformen sind gegenwärtig kaum erkennbar. Die Opposition hat sich von ihrer Niederlage noch keineswegs erholt und ist auch in mehrere Lager gespalten. Auch die von der Rationalisierung betroffenen Anteilseigner setzen sich kaum zur Wehr. Eher ist eine gewisse Ungeduld der engagierten Sozialisten zu spüren, deren Erwartungshorizont insbesondere in zeitlicher Hinsicht hochgespannt ist. Die kommunistische Regierungsbeteiligung stellt offenbar kein innenpolitisches Thema dar.

Die konkrete wirtschaftliche Situation ist durch eine unveränderte Inflationsrate von 14 Prozent und dadurch gekennzeichnet, daß die Zahl der Arbeitslosen die zwei Millionen-Grenze überschritten hat. Die gegenwärtige Regierung sieht darin eine Folge der Fehler der vergangenen Regierungen und bewertet die Tatsache, daß die Inflationsrate trotz der Rationalisierungen und der Zurückhaltung der Wirtschaft gegenüber der sozialistischen Mehrheit nicht gestiegen ist, als positiv. Außerdem glaubt sie, daß die durch die Erhöhung der Mindestlöhne und andere Steigerung der Maßnahmen ausgelöste Konsumnachfrage bald auch auf die Investitionsneigung durchschlagen werde.

Die Friedensbewegung und der ökologisch motivierte Protest in der Bundesrepublik wird in Frankreich aufmerksam beobachtet. Die näheren Erläuterungen der Ursachen und Ziele finden lebhaftes Interesse, weil man ein Übergreifen auf Frankreich nicht für ausgeschlossen hält. Gegenwärtig habe jedoch das Bemühen um ein reales Wachstum von drei Prozent im Jahr 1982 und auch der weitere Ausbau der Kernkraftwerke Vorrang. Dabei spielen auch eine Rolle, daß die kommunistische Partei und die kommunistische Wählerschaft ökologischen Tendenzen mit größter Skepsis gegenüberstehe.

Insgesamt ist die Lage und Stimmung in Frankreich am ehesten der des Jahres 1973 in der Bundesrepublik vergleichbar. Wir sind gut beraten, die weitere Entwicklung sorgfältig zu verfolgen.

(-/8.12.1981/ks/ca)

+ + +



**Wie resistente Bakterien**

**Zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung**

Von Georg Bamberg MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Wie recht die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrer jüngsten Entschliebung zur Neuordnung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung hat, soll einmal aus der Sicht praktischer Erfahrung einer zwölfjährigen Tätigkeit in Anerkennungsausschüssen für Kriegsdienstverweigerer beleuchtet werden.

"Halten Sie einen Krieg zu Ihren Lebzeiten für möglich - ja oder nein?"

"Halten Sie die Sowjetunion für friedliebend - ja oder nein?"

"Wer ist unser potentieller Angreifer - Amerika oder Rußland?"

Dies sind drei wörtlich wiedergegebene Fragen aus einem in dieser Richtung endlosen Katalog, mit denen Anerkennungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer das "Gewissen junger Menschen" prüfen zu können glauben. Anzumerken ist, daß selbstverständlich nur die vorgegebenen Antworten zugelassen werden.

Eingeleitet wird dieses in der Regel ein- bis zweistündige Verfahren zur "Gewissensprüfung" meist mit der freundlichen Aufforderung, den Antrag doch noch einmal zu überdenken, gegebenenfalls zurückzuziehen, oder sich zumindest als Sanitäter ("Sie sind doch ein humanitärer Mensch") zur Verfügung zu stellen. Kommt der Antragsteller diesem Vorschlag nicht nach, ändert sich die Verhandlungsatmosphäre meist schlagartig. Manche verhandlungsführenden Vorsitzenden dieser Ausschüsse - Juristen oder höhere Verwaltungsbeamte mit Befähigung zum Richteramt, Bundeswehrangehörige - können oder wollen gar nicht objektiv sein. Offensichtlich streben sie Verhandlungsergebnisse mehr im Sinne des Verteidigungsauftrags an und sie sind der festen Überzeugung, daß es ohne gewisse Autoritäten schlecht um die Bundeswehr bestellt wäre.

Sicher, abstimmungsberechtigt sind die Beisitzer, zwei ehrenamtliche, ein amtlicher. Aber die sind meistens älteren Jahrgangs - von einer autoritätsgläubigeren Zeit geprägt und ohne Bezug zu Veränderungen des Zeitgeistes.

Daß Gewissen nicht prüfbar ist, kann keine Frage sein. Daß aber meist nicht einmal der Versuch unternommen wird - Ausnahmen bestätigen die Regel -, in einer Verhandlung nach objektiven Gesichtspunkten zu entscheiden, halte ich für skandalös.

Wie oft wohl werden die jungen Menschen, die man bei anderen Gelegenheiten zur positiven Einstellung zum Staat immer wieder ermahnt, in einem solchen Verfahren an unsere unbewältigte Vergangenheit erinnert ("Ich habe Sie gefragt, ja oder nein!").

Wenn auch bei solchen Verfahren gilt, daß die Demokratie daran gemessen wird, wie sie mit Minderheiten umgeht - noch dazu, wenn diese von einem grundgesetzlich verankerten Recht Gebrauch machen -, dann kann die Demokratie dabei nicht gut wegkommen. Denn: Die Chance, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden, hängt in vielen mir bekannten Fällen häufiger vom äußeren Erscheinungsbild, von der Fähigkeit zur Anpassung ab, als von der kritischen Solidarität dem Staat gegenüber. Und immer wieder wird die Grundeinstellung vieler Ausschüsse sichtbar: Ergibt sich einmal ein kritischer Dialog bei der "Gewissensprüfung", so wird, wenn das äußere Erscheinungsbild nicht stimmt, der Couragierte als "Geschulter" abgelehnt und der weniger Beredte als "Oberflächlicher, der sein Gewissen nicht geprüft hat", nicht anerkannt.

Dies war nicht im Sinne derjenigen, die das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in unserer Verfassung verankert haben.

Helmut Schmidt hat in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 9. Oktober 1981 ausgeführt: "Um der Würde der Person willen, haben wir dieses Kriegsdienstverweigerungsrecht geschaffen, das es so liberal in der ganzen Welt nicht wieder gibt". Und er räumte ein, daß es noch etwas liberaler hätte sein können - "vielleicht gelingt dies eines Tages noch".

Es ist höchste Zeit für eine Neugelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung um der Würde der Person willen! Denn es geht nicht an, daß sich in einer Demokratie in einer noch unbeleuchteten Ecke des Bundeswehralltags Relikte preußischen Kadaver-Gehorsams auf Kosten demokratischer Strukturen wie resistente Bakterien halten. (-/8.12.1981/ks/ca)

Nur ein wohlklingender Name

Herr Albrecht und das Institut "Frau und Gesellschaft"

Von Inge Wettig-Danielmeier Mdl

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Die Niedersächsische Landesregierung hat jetzt ein wissenschaftliches Institut "Frau und Gesellschaft" gegründet. Bereits die erste Stellungnahme von Ministerpräsident Albrecht 1980 hierzu ließ nicht viel Gutes erwarten. "Die niedersächsische Landesregierung will erreichen, daß die Situation der Frau in der Gesellschaft verstärkt wissenschaftlich untersucht wird", hieß es damals. Auf die Umsetzung der dort erzielten Forschungsergebnisse einzugehen, hielt der Ministerpräsident für überflüssig.

Auch die jetzt bei der Gründungsversammlung vorgestellten Arbeitsziele und -inhalte können den Verdacht nicht ausräumen, es handle sich hierbei um nichts anderes als eine Alibi-Institution. Ein Vorzeigeschild "Wir tun doch was für die Frauen!", das man sich auch 700.000 DM kosten läßt, wenn man ansonsten seine Ruhe behält.

Warum, so fragt sich, hat man das Geld nicht in eine Gleichstellungsstelle investiert, wie es sie beispielsweise in Hessen oder Hamburg gibt. Eine Stelle, die die tägliche Praxis "der Regierenden" daraufhin überprüft, ob Frauen hier nicht zu kurz kommen. Eine Stelle, die den konkreten Auftrag erhält, Frauenförderungspläne zu erarbeiten.

Falls sich im Rahmen derartiger konkreter Projekte herausstellt, daß weitere Forschung erforderlich ist, dann sollten hierzu Forschungsaufträge vergeben werden. Eine solche gezielte Forschung ist sinnvoll, von ihr kann man eine Verbesserung der Situation von Frauen erwarten.

An konkrete Umsetzung aber denkt die niedersächsische Landesregierung offensichtlich gar nicht. Wann immer sie in jüngster Zeit darauf angesprochen wurde, hat sie sich mit wohlklingenden Worten zurückgezogen. Als sie um ein eigenes Programm "Mädchen in gewerblich-technischen Berufen" gebeten wurde, begnügte sie sich mit dem Hinweis, hierzu gebe es ja ein Bundesprogramm. Andere Bundesländer, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, fördern solche Programme auch finanziell weit über den Rahmen der Bundesmodelle hinaus.

Das Institut mit dem wohlklingenden Namen soll, so ist das zu befürchten, Rechtfertigungen für die Erhaltung des status quo liefern. Und so wird die Leiterin des Instituts, Professor Rita Süßmuth, mit ihrem Vorhaben, die "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" näher zu erforschen - ein Vorhaben, das sie zwar bei der Gründungsversammlung vortragen konnte, das aber in die offizielle Pressemitteilung der Landesregierung nicht aufgenommen wurde - vermutlich sehr schnell den präsidialen Unwillen erregen. Denn ein wesentliches Problem der derzeitigen Familienpolitik sieht Herr Albrecht darin, "daß soziale Verbesserungen in zunehmendem Maße allein den erwerbstätigen Frauen zukommen, während Frauen, die zu Haus bleiben und sich der Erziehung der Kinder widmen, leer ausgehen."

Bleibt nur zu hoffen, daß sich die Mitarbeiter des Instituts auf diese Argumentationsebene nicht einlassen werden. Man hat ja auch schon erlebt, daß Institutionen, denen ausschließlich Alibifunktion zugeordnet war, nachher ihren "Gründern" kräftig auf die Finger geklopft haben.

(-/ 8.12.1981/vo-he/ca)

+ + +



CDU-Selbstjustiz

Bürendienst für Hessen und die Demokratie

Von Horst Winterstein

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Am 8. Oktober haben Mitglieder der hessischen CDU-Landtagsfraktion in einem Akt von Selbstjustiz in der Berliner Preußen-Ausstellung eine Informationswand von Hausbesetzern - die von der Ausstellungsleitung ausdrücklich geduldet wurde - heruntergerissen und zerstört. Am 3. Oktober haben zahlreiche Mitglieder der Grünen, die zu einer Demonstration auf dem SPD-Landesparteitag nach Alsfeld gekommen waren, die SPD-Fahnen unter Gejohle heruntergeholt. Die Parteitagsdelegierten wurden mit der Dolchstoß-Parole der Weimarer Zeit empfangen: "Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten." Beide Vorfälle müssen jeden Demokraten hellwach werden lassen.

Völlig gegensätzlich war das Verhalten von CDU-Landtagsabgeordneten und SPD-Mandatsträgern. Während man in Berlin in der Manier von Glaubenskrieg ans "Aufräumen" ging (wie eine hessische Zeitung schrieb), haben wir uns in Alsfeld nicht provozieren lassen - zu Recht! Denn, wo führt es hin, wenn Demokraten die Selbstjustiz zum Mittel der politischen Auseinandersetzung machen? Die Rechtsstaatlichkeit ginge zum Teufel! Wer als Demokrat und gar als Volksvertreter auch harten und ungerechtfertigten Attacken eines Gegners nicht anders als durch Gewalt begegnen will, verstößt gegen den Grundwert der Rechtsstaatlichkeit. Wenn sich denn die CDU-Abgeordneten so sehr von den Hausbesetzern attackiert gesehen haben, warum haben sie dann nicht die Justiz eingeschaltet?

So aber bleiben massive Vorwürfe gegen die Beteiligten. Sie haben durch ihr unwürdiges Verhalten nicht nur dem Land Hessen, sondern auch dem Parlamentarismus einen schlechten Dienst erwiesen. Und sie haben allen jenen ein willkommenes Alibi geliefert, die der Anwendung von Gewalt bei politischen Auseinandersetzungen das Wort reden.

Wer so handelt, wie in Berlin geschehen, der unterscheidet sich von Chaoten nur durch das Tragen von Krawatte und weißem Kragen. Was das Demokratieverständnis angeht, so besteht eine fatale Übereinstimmung, deren harmloseste Stufe die politische Unreife ist.

Es erscheint mir bezeichnend für diese autoritäre Grundhaltung zahlreicher CDU-Politiker gegenüber Andersdenkenden, daß sich das Unvermögen, zu debattieren und zu argumentieren, immer wieder in radikalen Handlungen entlädt - wie bei der Preußen-Ausstellung oder wie seinerzeit bei der Staack-Ausstellung in der parlamentarischen Gesellschaft in Bonn, als CDU-Bundestagsabgeordnete Plakate herunterrissen.

Wir müssen uns in Hessen darauf einstellen, daß die CDU ihrem Landtagswahlkampf in diesem Stil führen wird. Das Cerere von der neuen, liberalen CDU ist eine Erfindung von ein paar Werbeexperten, die mit Wort-Schminke unansehnliche Gesichtszüge übertünchen wollen. Die Berliner Selbstjustiz-Aktion hat eindeutig gezeigt:

- o die hessische CDU bleibt die "law and order"-Partei des Alfred Dregger, des Gerold Tandler und des Heinrich Jodokus Lummer,
- o die hessische CDU bleibt die Partei der starken Sprüche und der harten Reaktion statt des behutsamen Ausgleichs, und
- o die hessische CDU bleibt unverändert die Partei der innenpolitischen Scharfmacher!  
(-/8.12.1981/hj/ca)



### Selbstgerecht bis zur Sturheit

---

Die Rolle Hillermeiers im Nürnberger Justiz-Skandal

Von Egon Lutz MdB

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht der bayerische Justizminister Karl Hillermeier gebeten würde, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Und es vergeht nach einer solchen Bitte kaum ein halber Tag, in dem der Minister nicht bedauern würde, dazu sehe er keinen Anlaß. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: Die Sturheit und Verbissenheit, mit der der Minister die skandalösen Vorgänge um die Nürnberger Massenverhaftungen verteidigt oder die Selbstgerechtigkeit, die aus schier jeder seiner Äußerungen spricht oder die Unverfrorenheit, mit der er den Spieß umzudrehen trachtet und in Zeitungsinterviews die Kritiker der Nürnberger Polizei- und Justizaffäre bedroht, er prüfe noch, ob er gegen "Meinungsdruck und Meinungsterror" nicht strafrechtlich vorgehen solle. Terror - das ist für ihn eine friedliche Demonstration gegen die Massenverhaftungen. Fürwahr: Ein skandalöses Rechtsverständnis für einen Justizminister.

Hillermeier irrt sich gründlich, wenn er annehmen sollte, die Kritiker der Nürnberger Vorgänge ließen sich durch den Minister einschüchtern. Er hat nicht nur Lehramtsanwärter vor sich, die sich vom Freistaat nach Belieben schurigeln lassen. Nicht nur Beamtenanwärter, denen man mit der Knute der Gesinnungsüberprüfung kommen kann. Die kritische Aufmerksamkeit von zigtausenden Staatsbürgern ist geweckt worden und die kuschen nicht vor dem Westentaschen-Bonaparte, der hierzulande das Rechtswesen verweist. Er hat eine Öffentlichkeit vor sich, die durch den bisherigen Verlauf der Nürnberger Polizei- und Justizaffäre auf das höchste sensibilisiert ist. Die Medien lassen sich von dem Minister nicht vorschreiben, was und wie sie zu berichten haben. Die Juristen in und außerhalb Nürnbergs werden die Aktenunterdrückung als solche bezeichnen. Die Weltöffentlichkeit wird sich nicht einlullen lassen - für sie ist Nürnberg ein Testfall dafür, ob in der Bundesrepublik (dabei sollte man besser: in Bayern, sagen) die Grundnormen des freiheitlichen Rechtsstaates gewahrt bleiben.

Nun ist der bayerische Justizminister Gott sei Dank nicht Richter über die Vorgänge vom 5. und 6. März 1981. Wenn er es wäre, einem jeden Befangenheitsantrag müßte selbst vom konservativsten Gericht entsprochen werden. Nein, der Hillermeier entscheidet nicht über das Schicksal der noch 56 von einstmal 141 Angeklagten. Dies obliegt den Nürnberger Richtern und die werden doch wohl - anders als ihr oberster Dienstherr - die Verfassung von Bund und Freistaat und die einschlägigen Paragraphen des Strafrechts und der Strafprozeßordnung kennen.

Ein Rest Verwirrung bleibt. Warum ist der Minister so eifrig bemüht, den wahren Umfang des Nürnberger Skandals zu vertuschen? Was hat ihn schon im frühesten Stadium und jetzt immer noch veranlaßt, derart einäugig zur Untersuchungshaft vieler Unbeteiligter Stellung zu nehmen? Was veranlaßt ihn jetzt zur Verniedlichung des Prozeß-Skandals. Je hartnäckiger Karl Hillermeier das tut, um so mehr verhärtet sich der Verdacht, daß es eben doch am 5. und 6. März darum gegangen war, ein Exempel zu statuieren. Daß es zum Rohrkrepierer wurde, konnte der Hillermeier weiland nicht wissen und jetzt will er es nicht wahrhaben.

(-/8.12.1981/ks/ca)

+ + +



**Kfz-Versicherung: Teure Balkanroute**  
-----

In Deutschland ist das Leben für Ausländer teuer

Von Dr. Anke Martiny MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik

"Innovationsfreudig" wird die Neckura Versicherungs-AG genannt, und diesem Image machte sie jüngst durch die Gründung der "Pionier Versicherung" alle Ehre. Auf diese Versicherung hatten Eingeweihte in der Tat schon lange gewartet, denn allzu augenfällig erschien es Insidern seit langem, daß sich mit jenen Autofahrern, die Schwierigkeiten haben, in einer Pflichtversicherung aufgenommen zu werden, Geschäfte machen lassen.

Weil die neue Versicherung sich sprachlich und datentechnik auf Türken, Griechen und Serbo-Kroaten eingestellt zu haben behauptet, findet die "Pionier Versicherung" Tarife angemessen, die im Durchschnitt um 25 Prozent über den Tarifen der Muttergesellschaft Neckura liegen (Fremdsprachen sind halt teuer). Diese Begründung akzeptierte offenkundig auch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

Was tatsächlich dahinter steckt, ist folgender Sachverhalt:

Die Neckura, also die Muttergesellschaft, verfügte bisher über einen überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil, und da in der Tat die Ausländer, insbesondere jene, die einmal oder mehrmals jährlich die Balkanroute befahren, besonders häufig in Verkehrsunfälle verwickelt sind, führte dies für die Neckura zu schwierigen Kalkulationsproblemen: 1980 wies sie einen Fehlbetrag von 3,7 Millionen DM aus.

Ein weiteres kommt hinzu: Die Schwindeleien, mit denen Versicherungsunternehmen ausländische Kunden für die Kfz-Versicherung nicht annehmen, wurden offensichtlich den Versicherungsunternehmen selbst immer lästiger und unangenehmer. Was lag da näher, als einen "sauberen" Tarif zu entwickeln, der einen solcher Mogeleien enthebt!

Aber die Balkanrouten-Autofahrer mit ausländischen Pässen sind der Pionier Versicherung vielleicht gar dankbar: Sie werden in ihrer Muttersprache bedient, brauchen Vorkasse und Wartezeit nicht mehr auf sich zu nehmen und wer etwa gar einen Schadenfreiheitsrabatt von 70 Prozent erfahren hat, der darf gleich in die preiswertere Neckura eintreten. Für die anderen wird es halt etwas teurer wegen der negativen Risikoanalyse. Aber schließlich weiß man auch aus anderen Branchen, daß es leider immer etwas teuer ist, als Ausländer in Deutschland zu leben

(-/8.12.1981/hf/ca)